

Gastbeitrag von Marie-Sophie Schiller

Ostdeutsche Identität wächst sich nicht heraus



Gastbeitrag

Ostdeutsche Identität wächst sich nicht heraus

Ost und West: Das haben wir hinter uns. Könnte man denken. Dem ist aber nicht ganz so. Denn auch junge Generationen, die nach 1990 geboren sind, fühlen sich noch immer ostdeutsch. Die Journalistin Marie-Sophie Schiller findet, wir sollten anfangen nachzufragen, warum das so ist.

Ich bin im Osten geboren. Nur wenige Monate vor dem Fall der Mauer. Bis zu meinem 18. Lebensjahr war das für mich niemals Thema. Geteiltes Land, das war vor meiner Zeit. Dachte ich. Dann zog ich nach Berlin und merkte schnell, meine Herkunft ist sehr wohl noch Thema. Ach, du kommst aus dem Osten. Zack, Stempel. Vorurteile und Zuschreibungen begegneten mir auch Jahre später immer wieder. Anfangs reagierte ich darauf zurückhaltend, irgendwann fing ich an mich zu verteidigen. Ich fing an, den Osten zu verteidigen. Erst als ich dieses Thema – die ostdeutsche Identität – auch journalistisch aufarbeitete, begriff ich, dass ich damit nicht allein bin. Im Gegenteil. Eine ostdeutsche Identität ist auch bei den Generationen, die nach 1990 geboren sind, deutlich ausgeprägt.

Daniel Kubiak, Soziologe an der Humboldt-Universität Berlin,

erforscht die Frage, ob sich junge Erwachsene auch 30 Jahre nach dem Mauerfall noch west- oder ostdeutsch fühlen. Auch sein Ergebnis: Ja, das tun sie – zumindest im Osten. In den Gruppendiskussionen, die er mit Jugendlichen aus ganz Deutschland führt, hat er festgestellt, dass es diese ostdeutsche Identität noch immer gibt – eine westdeutsche Identität hingegen gebe es kaum.

Der Forscher meint, dass Ostdeutsche noch immer als zusammenhängende Gruppe angesprochen und benannt werden. Und darauf würden sie auch reagieren. Aber wenn junge Erwachsene sich heute als Ossi bezeichnen, bedeutet das etwas anderes als noch vor 20 Jahren: Es geht nicht um einen DDR-Bezug. Es geht nicht darum, dass sie sagen, früher sei alles besser gewesen. Es geht um Abwertungserfahrungen wegen ihrer Herkunft, sagt Kubiak.

„Ostdeutsche fühlen sich noch immer als Bürger zweiter Klasse“

Solche Erfahrungen von Abwertung haben bereits die Eltern der Nachwende-Generation erlebt – und das ist ein Grund dafür, weshalb die ostdeutsche Herkunft auch heute noch Thema ist. Weniger als die Hälfte, nur 46 Prozent der 18- bis 29-Jährigen in Ostdeutschland, glauben, ihren Eltern ging es durch die Wiedervereinigung besser. 21 Prozent sogar glauben, es ging ihnen dadurch schlechter. Das fand die Otto-Brenner-Stiftung heraus.

Auch Soziologe Daniel Kubiak erklärt, das Ostdeutschsein wird sehr stark darüber verhandelt, dass die Eltern in der DDR aufgewachsen sind und vor allem, wie es den Eltern nach der Wiedervereinigung ging. Arbeitslosigkeit, geschlossene Betriebe, all das wirke bis heute nach.

In einer Umfrage der Sächsischen Zeitung vom Januar letzten Jahres heißt es: Ostdeutsche fühlen sich noch immer – durch alle Bildungsschichten hinweg – als Bürger zweiter Klasse. Überraschend ist, dass dem vor allem die 18- bis 29-Jährigen zustimmen – und zwar mit über 70 Prozent.

Nun gut, die ostdeutsche Identität wächst sich nicht einfach heraus wie bislang angenommen. Das müsste ja auch nichts Schlechtes heißen. Schließlich ist ein Bewusstsein für die eigene Herkunft auch manchmal wichtig und richtig. Ich glaube, es sollte uns trotzdem interessieren. Denn auch bestimmte Einstellungen zu Politik, Institutionen und Gesellschaft sind in der Nachwende-Generation noch nicht gesamtdeutsch vereint. Das fand die Otto-Brenner-Stiftung in einer diesjährigen Studie heraus. Verglichen wurden dabei die Einstellungen junger Menschen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Und zwar in Ost und West.

Was auffällt: Fast allen öffentlichen Institutionen vertrauen junge Menschen im Osten Deutschlands weniger als die

> Vita

Marie-Sophie Schiller lebt in Leipzig und arbeitet als Journalistin für die ARD und den Deutschlandfunk. Nach ihrem Studium der Fächer Politikwissenschaft und Hörfunk volontierte sie beim Mitteldeutschen Rundfunk.

Seit März betreibt sie außerdem den Podcast „Ost – Eine Anleitung“. In den halbstündigen Folgen erklären Gäste die Zusammenhänge von Politik und Gesellschaft im Osten Deutschlands.

ost.podigee.io



Befragten aus dem Westen. Insgesamt vertraut die Nachwendegeneration der Polizei am meisten. Aber auch Gerichten und der Justiz vertrauen im Westen 63 Prozent – im Osten weniger, nämlich 56 Prozent.

■ **„Die Mauer mag weg sein, aber Gesprächsbedarf gibt es.“**

Es gibt allerdings eine Ausnahme. Einzig den Gewerkschaften

vertrauen junge Menschen im Osten etwas mehr als im Westen.

52 Prozent der ostdeutschen und 51 Prozent der westdeutschen Nachwendegeneration vertrauen Gewerkschaften sehr stark oder eher stark.

Vor fast 30 Jahren fiel die Mauer. Seitdem wurde vor allem viel über die Angleichung der Lebensverhältnisse gespro-

chen. Über Löhne, Rente und strukturschwache Regionen. Aber auch die leiseren Fragen, die, in denen es um Zugehörigkeit und Identität geht, sind es noch immer wertgestellt zu werden. Auch denen, die erst nach dem Mauerfall geboren wurden.

Anstatt dies als historisches Ereignis einzusortieren, sollten wir es zum Anlass nehmen, uns der Gegenwart zu öffnen.

Hinzuschauen, nachzufragen, zuzuhören.

Auch wenn wir ein Land sind gibt es noch Unterschiede. Denn die Mauer mag weg sein, aber Gesprächsbedarf gibt es.

Und zwar am besten ohne Vorurteile, orientiert an Fakten und echten Gefühlen. Für einen Dialog im eigenen Land.

Die UNVERZICHTBAREN

„Wir geben Deutschland eine Stimme. Weltweit.“

Tiaji Sio
Dipl.-Verwaltungswirtin (FH)

Weitere **150 Berufsprofile** im Öffentlichen Dienst und **Tiaji** im **Video-Interview** auf: www.die-unverzichtbaren.de

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger
(leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Beatrice Hala

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: Julie Svanberg Grath/
colourbox.de

Verlag: dbb verlag gmbh,
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.
Telefon: 030.7261917-0.
Telefax: 030.7261917-40.
Internet: www.dbbverlag.de.
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh,
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,
40878 Ratingen.
Telefon: 02102.74023-0.
Telefax: 02102.74023-99.
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:
Petra Opitz-Hannen,
Telefon: 02102.74023-715.
Anzeigenverkauf:
Christiane Polk,
Telefon: 02102.74023-714.
Anzeigendisposition:
Britta Urbanski,
Telefon: 02102.74023-712,
Preisliste 22, gültig ab 1.10.2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Einkommens- und Besoldungsrunde 2019 bis 2021

Es ist geschafft – gemeinsam erfolgreich!

Der dbb m-v kann zufrieden auf den erfolgreichen Abschluss der Einkommens- und Besoldungsrunde zurückblicken.

Unmittelbar nach dem Tarifabschluss Anfang März für die Beschäftigten hatte Finanzminister Mathias Brodtkorb aufgrund einer Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen aus dem Jahre 2018 die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für alle Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns zugesagt.

Am 25. April 2019 fand dazu ein entsprechendes Beteiligungsgespräch im Finanzministerium statt. Dazu der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht: „Es ging dabei vorwiegend um die Definition des Begriffes ‚wirkungsgleich‘, da der Tarifabschluss auf der monetären Seite durch das beamtenrechtliche Abstandsgebot nicht



> Beteiligungsgespräch im Finanzministerium

ohne Weiteres auf die Beamtenschaft übertragbar war. Wir verständigten uns darauf, diese einzelnen Bestandteile in Form einer kompletten linearen Erhöhung zusammenzufassen.“

Das bedeutet, dass sich die Besoldung abzüglich des seinerzeit vereinbarten 0,2-prozentigen Abschlages für die Versorgungsrücklage zum 1. Januar 2019 um drei Prozent erhöht, zum 1. Januar 2020 erneut um drei Prozent

sowie zum 1. Januar 2021 um 1,2 Prozent. Ebenso werden die Bestandteile für Mehrarbeit, Feiertagszuschläge et cetera in denselben Schritten erhöht. Die Anwärterbezüge werden zum 1. Januar 2019 um 50 Euro und zum 1. Januar 2020 nochmals um 50 Euro erhöht. Die Jahressonderzahlung wird in die linearen Erhöhungsschritte ebenfalls einbezogen. Die genannten Eckpunkte werden schnellstmöglich in einem Gesetzentwurf zusammengefasst.

Knecht äußerte sich zufrieden über dieses Ergebnis: „Damit ist die Einkommens- und Besoldungsrunde 2019 bis 2021 für alle Bediensteten – egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet – erfolgreich zum Abschluss gebracht worden. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, insbesondere auch bei den Beamtinnen und Beamten, die den Protestaufrufen des dbb m-v in Rostock und Schwerin gefolgt sind. Gemeinsam haben wir alle zu diesem Erfolg beigetragen.“

11. Landesverbandstag des VBE M-V

Für die Zukunft einer guten Schule muss jetzt das Ruder herumgerissen werden!

Am 5. und 6. April 2019 fand in Rostock der diesjährige Verbandstag des Verbandes Bildung und Erziehung Mecklenburg-Vorpommern (VBE M-V) statt. Der Landesvorsitzende Michael Blanck wurde einstimmig von den 80 Delegierten für die nächsten fünf Jahre in seinem Amt bestätigt.

Zudem erfuhr der geschäftsführende Vorstand eine spürbare Verjüngung: Fünf der sieben Mitglieder sind jetzt deutlich jünger als 50 Jahre.

Mit diesem klaren Signal verlieh der VBE dem Verbandstagsmotto „Zukunft ist, was wir draus machen!“ auch personell Nachdruck.

■ Kritik an Bildungspolitik

Michael Blanck, der alte und neue Landeschef des VBE M-V, hielt den anwesenden Bildungs-

politikerinnen und Bildungspolitikern den Titanic-Kurs der derzeitigen Bildungspolitik mit drastischen Bildern vor Augen: „An den Schulen fühlen wir uns

wie auf einem großen Kreuzfahrtschiff – zu kleine Kabinen, nur die Hälfte der Mannschaft an Bord, vergessen vollzutanken, Funkverbindung ausgefallen, keine Rettungsboote. Die Katastrophe ist vorauszusehen und wird bei diesem Kurs eintreten. Ausbaden werden es die Passagiere und der Rest der Mannschaft: die Schülerinnen und Schüler und die verbliebenen Lehrkräfte.“

Inklusion, Digitalisierung und Lehrermangel bergen die drei größten Leckagen am Rumpf des großen Schuldampfers M-V, so Blanck. An Bildungsministerin Birgit Hesse gewandt warnte er: „Wenn Sie das Schiff weiterhin so steuern, werden immer mehr ältere Mannschaftsmitglieder den Rettungsring aufblasen und von Bord springen!“

Der Verbandstag setzte damit deutliche Notrufzeichen in Richtung Bildungspolitik ab. Die vierzehn Forderungen an die Exekutive – von gesicherter Schulsozialarbeit, wirkungsvollen Rahmenbedingungen für inklusive Beschulung, Herabsetzung der Unterrichtsverpflichtung, bis hin zu ernsthaften Er-

höhungen der Zuweisungen für Förderbedarfe – sind als dringende Aufforderungen zur Kursänderung zu sehen.

Ministerin Hesse zeigte sich selbstkritisch: „Wir wollen auf Sie hören und müssen an einigen Stellen nachjustieren.“ Die Zuhörerinnen und Zuhörer wurden jedoch das klamme Gefühl nicht los, dass diese Einsicht der Kapitänin am Ende des Tages doch nicht alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung des Schiffbruchs hervorbringt.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, bot ihr daher eine einfache Formel für die Lösung an: „Für alles das, was Sie uns zusätzlich auftragen, müssen Sie die Gelingensbedingungen mitliefern. Oder Sie sagen uns, welche alten Aufgaben wir dafür weglassen sollen.“

Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb m-v, legte nach: „Um die Mannschaft auf dem Schiff zu stärken, muss man sie entlasten und effektiv in der Arbeitszeit fortbilden! Es kann eben nicht sein, dass das Schiff nur deswegen über Wasser ge-

halten werden muss, weil die Mannschaft nicht schwimmen kann!“

■ „Eierei“ bei Höchstalter für Verbeamtung

Insbesondere kritisierte Knecht die Personalpolitik am Beispiel der im Vergleich der Bundesländer hohen Stundenverpflichtung, der „Eierei“ beim Verbeamtungshöchstalter und der hohen Zahl an Seiteneinsteigern. Einerseits stelle die Stundenverpflichtung für lebensältere Kolleginnen und Kollegen eine zu hohe Belastung dar – sprunghaft steigende Rentenanträge lange vor dem 65. Lebensjahr belegten das – und andererseits sei sie abschreckend für junge Leute, sich nach dem Studium für einen Job in Mecklenburg-Vorpommern zu entscheiden.

„Während von 1900 an die Arbeitszeit von 50 auf 40 Wochenstunden reduziert wurde, ist sie für Lehrer im selben Zeitraum sogar noch gestiegen“, so Knecht. „Wenn das Land hier seine starre Haltung nicht aufgibt und endlich aufwacht, werden wir mit der Bildung Schiffbruch erleiden.“

Mit Blick auf die Empfehlung des SPD-Antrags vom 30. März 2019, das Verbeamtungsalter auf 45 hochzusetzen, kritisierte Knecht: „Diese ‚Eierei‘ ist unerträglich geworden. Seit Jahren fordern wir die 45, und seit Jahren ist es das SPD-geführte Finanzministerium, was dies ablehnt. Damit wurden enorm viele Betroffene im Alter zwischen 40 und 45 verprellt und sind in andere Bundesländer abgewandert. Inzwischen wäre das komplette Streichen jeglicher Altersgrenzen angebracht, um überhaupt noch zu retten, was zu retten ist.“

Nach Einschätzung des dbb m-v scheint auch die immer größer werdende Zahl „unvorbereiteter“ Seiteneinsteiger kein geeignetes Mittel zu sein, auf Dauer Personalengpässe zu beseitigen. Eine gründlichere Vorbereitung sei das Mindeste, was notwendig ist. Abschließend fragte Knecht: „Bei der Lufthansa käme niemand auf die Idee, unvorbereitet jemanden hinter das Steuer eines Airbusses zu setzen. Warum tut man es aber unseren Kindern, unserer Zukunft an?“ ■



© VBE M-V

> Der neu gewählte geschäftsführende Vorstand des VBE M-V mit Ministerin Birgit Hesse (vordere Reihe 3. von links) und den Gästen des Verbandstages.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Tarifverhandlungen mit Rostocker Straßenbahn

Ein Angebot gab es noch nicht in den Auftaktverhandlungen der GDL mit der Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) am 16. April 2019 in Rostock. Das ist üblich in der ersten Runde und war daher auch nicht überraschend.

Jedoch zeigte sich der Arbeitgeber bei den Themen Arbeitszeitverteilung, Pausen und Jahresschichtplan sowie dem Wahlmodell für mehr Urlaub grundsätzlich offen. Zu diesen Themen sollen möglichst in einer Sondierung Lösungen gefunden werden.

Zunächst erläuterte die GDL in traditioneller Art und Weise die Forderungen und beantwortete die Verständnisfragen der Arbeitgeberseite. Entgelt und Zulagen sollen in der kommenden Runde am 16. Mai 2019 in Rostock diskutiert werden. Auch hier

bekräftigte die GDL ihre Kernforderung nach der zeit- und wirkungsgleichen Übernahme der Regelungen des DB-Flächentarifvertrages für das Zugpersonal (BuRa-ZugTV) sowie eine bessere Vergütung für die Kollegen, die neben der Tätigkeit als Loko-

motivführer auch als Bus- oder Straßenbahnfahrer eingesetzt werden.

Weitere zentrale Punkte sind die Verbesserung der Entgelt- und Zulagenstruktur, der Beitritt zur gemeinsamen Einrichtung für soziale Zwecke sowie die Anwendungsgarantie der GDL-Tarifverträge trotz des Tarifeinheitsgesetzes.

Die GDL wird am Angebot der RSAG ermesen, ob für das Unternehmen die Wertschätzung des Zugpersonals im Vordergrund steht oder ob sie nur ein Lippenbekenntnis ist. Den GDL-Mitgliedern reichen Lippenbekenntnisse jedenfalls nicht aus! ■

Service: dbb Mitglieder profitieren von neuem Kfz-Produkt der HUK-COBURG

Telematik Plus: Sicherer fahren und Geld sparen

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht sprach mit HUK-COBURG-Vorstandsmitglied Dr. Jörg Rheinländer über den neuen Telematik-Tarif „Telematik Plus“, der jetzt für alle Altersgruppen erhältlich ist.

Dietmar Knecht: Die Entwicklung in der Autoversicherung verändert sich momentan stark. Es geht viel in Richtung nutzungsbasierte Kfz-Versicherung. Was heißt das genau?

Jörg Rheinländer: Es geht um das Stichwort Telematik. Dabei handelt es sich um eine innovative Technologie, die Telekommunikation und Informatik verbindet. Mit ihr können Daten über das Fahrverhalten erfasst werden.

Der Preis für die Versicherung eines Pkw richtet sich nach vielen Merkmalen. Beispielsweise dem versicherten Fahrzeug,

der Region, dem Stellplatz oder der jährlichen Fahrleistung. Mithilfe von Telematik berücksichtigen wir auch das Fahrverhalten bei der Beitragsgestaltung.

Knecht: Was habe ich als Autofahrer davon?

Rheinländer: Die HUK-COBURG unterstützt und belohnt verantwortungsvollen und sicheren Fahrstil. Seit Anfang April bieten wir unseren neuen Telematik-Tarif in der Kfz-Versicherung an. Er löst das erfolgreiche Produkt „Smart Driver“ ab und wird für alle Kunden offenstehen. Bisher war unser



> Dr. Jörg Rheinländer

Produkt auf junge Fahrer beschränkt und war bei dieser Zielgruppe bereits sehr erfolgreich. Wir hatten rund 80 000 Stück davon verkaufen können.

Jetzt wird es noch besser: Wir konnten die Technik stark vereinfachen. Die Nutzer befesti-

gen einfach einen Sensor von der Größe einer Vignette an ihrer Windschutzscheibe und verbinden diese mit unserer App „Mein Auto“. In dieser App wird allen Nutzern ihr persönlicher Fahrwert angezeigt, der Versicherungsnehmer sieht außerdem den Gesamtscore für das jeweilige Fahrzeug und die

© HUK Coburg (2)



entsprechende Ersparnis auf die Versicherungsprämie.

Knecht: Würden Sie selbst einen Telematik-Tarif abschließen?

Rheinländer: Auf jeden Fall. Zum einen ist da ja die mögliche Ersparnis – je vorausschauender ich fahre, desto besser wird mein Fahrwert und desto günstiger wird mein Tarif. Darüber hinaus habe ich für mich festgestellt, dass es einfach Spaß macht, aus Interesse mal die eigenen Fahrwerte anzusehen und bei Gelegenheit mit Freunden oder Familie zu vergleichen. Beim Autofahren nimmt man sich ja selbst nie objektiv wahr, da kann so eine Außenansicht durchaus neue Erkenntnisse bringen.

Knecht: Und wie hoch ist die Ersparnis konkret?

Rheinländer: Zu Beginn erhalten Sie einen Start-Bonus in Höhe von zehn Prozent auf Ihren Beitrag in der Kfz-Haftpflichtversicherung und Kasko – unabhängig von Ihrem Fahrverhalten. Er gilt so lange, bis ein Bonus berechnet werden kann, der auf Ihrem Fahrverhalten basiert. Im Anschluss an die Startphase wird der Start-

Bonus durch den Folge-Bonus ersetzt. Seine Höhe hängt von Ihrem Fahrverhalten ab. Bis zu 30 Prozent Bonus auf Ihren Beitrag sind im Folgejahr dabei für Sie drin. Ganz wichtig ist, dass Sie mit „Telematik Plus“ nie mehr zahlen als mit einer Autoversicherung ohne Telematik-Tarif.

Knecht: Wann wird der Folgebonus berechnet?

Rheinländer: Einmal pro Jahr, am 30. September, wird auf der Basis des Gesamtfahrwertes Ihr Folge-Bonus berechnet. Er reduziert Ihren Beitrag in der Kfz-Haftpflichtversicherung und Kasko im Folgejahr um bis zu 30 Prozent. Den voraussichtlichen Bonus können Sie jederzeit in der App „Mein Auto“ einsehen. ■

Mehr Informationen zum Tarif zum sicheren Fahren finden sich unter www.huk.de/dbb.

dbb Mitglieder, die ihr Angebot dort oder bei einem der vielen Berater der HUK-COBURG berechnen, erhalten als Neukunde 30 Euro dbb Bonus. Details dazu unter www.huk.de/dbb.

Aktuelles aus dem Landtag

GK-Mitbestimmung

Am 1. April 2019 fand eine Anhörung durch den Innenausschuss des Sächsischen Landtages zum Entwurf für ein „Gesetz zur Änderung und Ergänzung kommunalrechtlicher Regelungen und von Regelungen im Personalvertretungsrecht“ statt (Kommunalrechtsänderungsgesetz – KomÄndG, Landtagsdrucksache 6/16713 vom 11. Februar 2019).



© A. Spieker

> André Ficker und Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB

Der Gesetzentwurf der CDU- und der SPD-Fraktion sieht eine Änderung des § 6 Abs. 3 Satz 2 SächsPersVG durch Art. 2 vor. Dies führt zu einer Beschränkung der bisherigen Möglichkeit, in Nebenstellen und Teilen von Dienststellen eigenständige Personalvertretungen zu bilden. Hierin sahen viele Personalräte und Gewerkschaftsvertreter eine Verschlechterung der bestehenden Mitbestimmungsrechte.

Die Einbringung einer solchen Gesetzesänderung ohne vorherige Anhörung beziehungsweise Gespräche mit dem SBB und seinen Fachgewerkschaften führte zu einer regen Diskussion und Unverständnis. Die entsprechende Stellungnahme des SBB dazu wurde vom Vorsitzenden der GK-Mitbestimmung,

André Ficker, im Innenausschuss vorgetragen und die Ablehnung der Änderung des Personalvertretungsrechts deutlich gemacht.

Der Gesetzentwurf schränkt die Möglichkeit einer Verselbständigung ein: Es genügt also nicht mehr, dass der Dienststellenleiter eine eigenständige Entscheidung etwa über den Beginn und das Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen treffen kann (§ 81 Abs. 2 Nr. 1) oder eine eigene Regelung über die Ordnung in der Dienststelle erlässt (§ 81 Abs. 1 Nr. 10).

Erforderlich für eine Verselbständigung ist nunmehr, dass der Dienststellenleiter die Entscheidungsbefugnis in Personalangelegenheiten nach § 80

Abs. 1 besitzt, er also zum Beispiel über Einstellungen, Eingruppierungen oder Stufenzuordnungen entscheidet. Diese Entscheidungsbefugnis dürfte der Dienststellenleiter von Nebenstellen oder Dienststellenteilen nur in den seltensten Fällen haben.

Ergebnis der Gesetzesänderung wird deshalb sein, dass eine Verselbständigung von Nebenstellen und Dienststellenteilen allenfalls nach § 6 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 b in Betracht kommt (wonach Voraussetzung ist, dass die Nebenstelle oder der Dienststellenteil „durch Aufgabenbereiche oder Organisation eigenständig sind und sich nicht in räumlich angrenzender Umgebung des Geländes der Hauptdienststelle befinden“).

Die Forderung des Gesetzentwurfs, der Dienststellenleiter müsse „wesentliche innerdienstliche Angelegenheiten“ eigenverantwortlich entscheiden, wobei „als wesentlich“ ausschließlich „Angelegenheiten nach § 80 Abs. 1“ gelten sollen, lässt die Bildung eines Personalrats bei (Neben-) Dienststellen und Dienststellenteilen auch dann nicht zu, wenn der Dienststellenleiter in Angelegenheiten entscheidungsbefugt ist, die zu schutzwürdigen Belangen der Beschäftigten zählen (dies sind die Angelegenheiten nach § 81).

Dass in diesen Fällen der Personalrat der Hauptdienststelle die Beteiligungsrechte wahrnehmen kann, genügt aber nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 26 der Sächsischen Verfassung: Dieser verlangt, dass in Betrieben, Dienststellen und Einrichtungen des Landes Vertretungsorgane der Beschäftigten zu bilden sind (Satz 1) und diese nach Maßgabe der Gesetze das Recht auf Mitbestimmung haben (Satz 2). Der Sächsischen Verfassung (Urteil vom 22. Februar 2001 – PersV 2001, 198) hat der Bestimmung des Satzes 2 auch eine verfassungsrechtliche Verbürgung eines materiellen Mitbestimmungsrechts im Sinne einer effektiven Wahrnehmung der Beschäftigteninteressen in der sozialen Wirklichkeit entnommen. Das Gericht hat deshalb auch eine „Basisnähe fordernden“ Beteiligung der Personalvertretung aus verfassungsrechtlichen Gründen für erforderlich gehalten.

Verschiedene Vorschriften des SächsPersVG (alte Fassung) hat das Gericht wegen zu schwacher Beteiligungsformen für diverse Beteiligungs-

tatbestände für verfassungswidrig erklärt. Legt man die vom SächsVerfGH aufgezeigten Maßstäbe an die im Gesetzentwurf vorgesehene Beschränkung der Möglichkeiten zur Verselbständigung an, so ist festzustellen, dass die als Folge dieser Beschränkung zwangsläufig eintreten-

de (räumliche und im Einzelfall auch fachliche) Distanz zwischen den Beschäftigten einerseits und andererseits dem sie vertretenden Personalrat bei der Hauptdienststelle nicht der verfassungsgerichtlichen Forderung nach „Basisnähe“ entspricht. Die gebotene effektive Wahrneh-

mung der Beschäftigteninteressen ist damit nicht mehr gewährleistet.

Da aktuell über einen Einzelfall hinaus keine Probleme mit der Anwendung § 6 Abs. 3 Satz 2 SächsPersVG bekannt sind, sollte keine allgemeine Verschlechterung des SächsPersVG erfol-

gen. Fehlende Kommunikation kann nicht durch ein Gesetz verbessert werden.

André Ficker, Vorsitzender Grundsatzkommission Mitbestimmung, stellvertretender Landesvorsitzender, SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

Vorgestellt

Chris Leon Nemitz, SBB Jugend

Hallo, ich bin der neue kommissarische Leiter der SBB Jugend. Ich heiße Chris Leon Nemitz und bin seit dem 20. März 2019 im Amt. Zuvor bin ich im Oktober 2018 als Stellvertreter in die Leitung der SBB Jugend gewählt worden.

Gemeinsam mit unserem ehemaligen Vorsitzenden und meinem Stellvertreter haben wir eine tolle Anfangsphase erlebt und viele Ideen vorangebracht. Durch die gute Hilfestellung der Landesleitung haben wir in kurzer Zeit viele Kontakte geknüpft: beim Parlamentarischen Abend mit Politikern, mit anderen Kollegen und Kolleginnen aus den SBB-Gewerkschaften oder beim Bürgerdialog mit Teilnehmern von Verbänden, Ehrenamtlichen,

Bürgern und Vertretern der Wirtschaft.

Eines unserer aktuellen Projekte ist unsere Postkartenaktion „Haben wir ein Date?“. Unser Ziel ist es, dass uns unsere Jugend „neu“ kennenlernt. Wir haben Lust, die Menschen kennenzulernen, die hinter dieser Jugend stehen. Die SBB Jugend möchte zukünftig mehr Jugendarbeit betreiben und wieder Präsenz zeigen. Wir möchten zeigen, dass Jugendarbeit Spaß



> Chris Leon Nemitz mit der Landesvorsitzenden des SBB, Nannette Seidler

macht. Zugleich mache ich noch einmal darauf aufmerksam, dass bei dem Landesjugendausschuss im November 2019 die Nachwahlen für die Landesjugendleitung stattfinden. Es werden noch einige junge, engagierte und kreative Köpfe gesucht.

Ein weiteres Projekt von uns, das mir besonders am Herzen liegt, ist der Beitritt in den Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. (KJRS), der aktuell geplant wird. Das Ziel hierbei ist, unse-

rer Jugend Angebote zu machen. Der KJRS bietet zum Beispiel Workshops wie „Flyer gestalten – auch mit kleinem Budget“ an. Das Angebot kann unsere Jugend nach dem Beitritt ebenfalls nutzen.

Ich habe einmal gesagt, dass ich bei der SBB Jugend stellvertretender Landesjugendleiter sei, damit ich die anstehenden Veränderungen im öffentlichen Dienst nicht nur kritisieren, sondern positiv mitgestalten kann. Genau das ist unser Ziel für die Zukunft – anstehende Veränderungen im öffentlichen Dienst nicht nur kritisieren, sondern positiv mitgestalten. Die SBB Jugend möchte sich zukünftig mehr einsetzen, um die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse im öffentlichen Dienst zu verbessern. Wir werden uns auch in Zukunft um die Belange der Auszubildenden und jungen Beschäftigten kümmern. Ich freue mich auf eine spannende Zeit.

Chris Leon Nemitz, Kommissarischer Leiter der SBB Jugend

> Postkartenaktion



Unterwegs im Netzwerk

Aktivitäten der SBB Frauen

Wir SBB Frauen waren für Sie und Ihre Interessen unterwegs in unserem Netzwerk.

Zur SBB-Vorstandssitzung haben wir die Mitgliedsgewerkschaften über unsere Aktivitäten und Themen informiert. Mit dem Poetry Slam „Wortgewalt“ von Luisa Münch haben wir verdeutlicht, welche Macht Worte besitzen und unser Anliegen für eine gerechtere Sprache veranschaulicht. Denn mit Worten können wir viel ausdrücken: Liebe und Zuneigung, aber auch Hass, Neid und Verachtung. Worte können Mut machen, aber auch verletzen. Sprache ist eine Handlung! Deshalb sollte sie auch alle gleichberechtigt abbilden und sichtbar machen.

Zur Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung berichteten wir unter anderem zum aktuellen Stand der Mo-

dernisierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes. Der letzte Stand des Referentenentwurfes im Dezember 2018, welcher im Gleichstellungsbeirat diskutiert wurde, hatte nur noch kleine Verbesserungen gegenüber dem aktuellen Gesetz. Diesen Entwurf konnten wir nicht befürworten. Im Januar 2019 verkündete die Gleichstellungsministerin Petra Köpping (SPD), dass eine Einigung mit der CDU nicht möglich sei und somit ein neuer Gesetzentwurf in dieser Legislaturperiode nicht mehr in den Landtag eingebracht werden würde. Damit wird dieser Punkt des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD nicht umgesetzt. Der Koalitionsvertrag sah vor, dass bis Ende 2016 das seit Mitte der



> Tanja Teich bei der Sitzung der dbb bundesfrauenvertretung.

Neunzigerjahre existierende Sächsische Frauenförderungsgesetz modernisiert wird.

Neben den zahlreichen Berichten von Bund und Ländern hat die dbb bundesfrauenvertretung auch über anstehende Veranstaltungen informiert. Für die 15. Frauenpolitische Fachtagung am 3. Juni 2019 in Berlin unter dem Motto „#Geschlechtergerechtigkeit: Da geht noch mehr!“ sind die Anmeldungen auf der Internetseite der dbb bundesfrauenvertretung möglich. Der Bundesfrauenkongress findet im April 2020 in Potsdam statt. Gemeinsam mit den Frauenvertreterinnen der Mitgliedsgewerkschaf-

ten des SBB werden wir zu unserer Hauptversammlung am 7. November 2019 unsere Anträge diskutieren, beschließen und ebenso für den Bundesfrauenkongress einreichen.

Haben Sie Anregungen für unsere Arbeit oder die der dbb bundesfrauenvertretung, so teilen Sie diese Ihrer Frauenvertreterin in Ihrer Gewerkschaft, Ihrem Verband oder uns, dem Vorstand der SBB Frauen, mit. Gerne kommen wir auch zu Ihrer Veranstaltung und informieren zu unseren aktuellen Themen. Sprechen Sie uns an!

Ihr Vorstand der SBB Frauen

VdB Bundesbankgewerkschaft Sachsen und Thüringen

Der alte Vorstand ist auch der neue

Am 6. April 2019 führte die VdB Bundesbankgewerkschaft Sachsen und Thüringen (VdB STH) ihren 5. Gewerkschaftstag in der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Sachsen und Thüringen auf dem Gelände der Alten Messe in Leipzig durch. Der VdB STH ist die Vertretung der Beschäftigten der Deutschen Bundesbank in den beiden Freistaaten.

Als Gäste konnte der VdB STH neben einem Vertreter der Dienststellenleitung auch Gabriela Hemping, Mitglied im Vorstand der VdB Bundesbankgewerkschaft und Vorsitzende der



> Michael Jung, stellvertretender Landesvorsitzender des SBB und Mario Straßburger, Vorsitzender der VdB Bundesbankgewerkschaft

VdB-Tarifkommission sowie Michael Jung, stellvertretender Landesvorsitzender des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, begrüßen.

Während sich Hemping in ihrem Grußwort mit Fragen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder Ost sowie den Ergebnissen der letzten Tarifverhandlungen beschäftigte, sprach Jung über den allgemeinen Fachkräftemangel und das Problem der Demografie im öffentlichen Dienst. Der Blick des Kollegen Jung über den sprichwörtlichen „Tellerrand“ hinaus war eine prima Gelegenheit für

die Bundesbänker, auch mal einen Blick ins Klassenzimmer einer Oberschule zu werfen.

Auf dem Gewerkschaftstag wurde nicht nur der bisherige Vorstand des VdB STH in seinem Amt bestätigt, auch Änderungen der Satzung wurden diskutiert und beschlossen. Sinkende Einnahmen der Gewerkschaft aufgrund deutlich gesunkener Zinseinnahmen und steigenden Kopfpauschalen an den dbb belasten die Finanzkraft nicht unerheblich. Letztlich konnte sich der Gewerkschaftstag zu einer Anhebung der Kopfbeiträge entschließen.

Aus den Mitgliedsgewerkschaften: Bund Deutscher Forstleute (BDF)

Kommentar: Wald braucht Zukunft – Zukunft braucht Forstleute

Udo Mauersberger, Geschäftsführer des BDF Sachsen, schreibt in seinem Kommentar über die aktuellen Herausforderungen für den Wald und die Forstleute.

Ein Rückblick: Wir schreiben das Jahr 2004. Mitglieder des Vorstandes des SBB Beamtenebund und Tarifunion Sachsen und der BDF-Landesvorsitzende Heino Wolf treffen sich im Februar mit dem damaligen Sächsischen Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Steffen Flath. Es geht um die Funktionalreform in seinem Bereich. Man diskutiert über eine neue Rechtsform für die Landesforstverwaltung.

Die Sächsische Staatsregierung hatte sich in einer Klausurtagung wenige Tage vorher in Kirschau mit den finanziellen Auswirkungen der EU-Erweiterung und den strukturellen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt. Sie hatte geschlussfolgert: Es sollten sich die Gesamtbeschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst an denen der Bundesländer Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein orientieren. Im Klartext: Die Anzahl der Förster im Landesdienst ist zu reduzieren. Kein Problem sagt der

Laie, der Wald wird sich ja nicht beschweren.

Vorhergegangen war ein Jahr, welches im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ als Jahrhundertkatastrophe bezeichnet wurde. Abgesehen von geschätzten 10 Milliarden Euro materiellen Schäden brachte der Sommer 2003 in Deutschland 7 000 Menschen und in Mitteleuropa vermutlich 70 000 den Tod. Es war bis dahin eine der verheerendsten Naturkatastrophen in der Geschichte Europas. Es gab Waldbrände, die Felder verdorrten, die Fische verendeten. Die Schifffahrt musste auf Rhein, Elbe und Donau teilweise eingestellt werden. Europa trocknete aus. Es kam zur Massenvermehrung der Borkenkäfer, die den Wäldern zusetzten.

Das scheint uns im Jahr 2019 sehr bekannt vorzukommen. Nur, dass das vorhergehende Jahr 2018 für den Wald durch Stürme und Dürre sowie die folgende Borkenkäferkalamität noch zerstörerender war als 2003. Die Massenvermehrung

der Borkenkäfer beträgt ein Mehrfaches dessen, was alle lebenden Forstleute je kennengelernt haben.

Der Wald kann sich zwar nicht beschweren, aber er soll doch für die Menschen da sein. Die verspüren es jetzt alle, dass etwas nicht in Ordnung ist. So wie es aussieht, war die Idee, am Forstpersonal zu sparen, keine gute! Auch hat niemand bislang nachweisen können, dass die sogenannte Funktionalreform definitiv positive Ergebnisse gebracht hätte.

Sicher brachte es den beteiligten Beratungsunternehmen eine tolle Gage, aber die müssen das heutige Ergebnis ja nicht ausbaden. Das Gemeinwohl scheint in Sachsen nicht so wichtig zu sein. Haben im Jahr 2002 bei der Hochwasserkatastrophe noch alle Forstleute nicht nur geredet, sondern bei der Hochwasserschadensbeseitigung mit angepackt, so ist das heute nicht mehr denkbar.

Leider wird man die Funktionalreform nicht mehr zurückdrehen können und eine gut organisierte und handlungsfähige Forstverwaltung zustande bringen. Dabei wäre dies gerade jetzt bei den zu erwartenden Klimaänderungen und

ihren flächenmäßigen Auswirkungen eine notwendige Voraussetzung für den Umwelt-, Klima- und Waldschutz im Herzen Europas.

Gerade jetzt, wo alle Forstleute an der Grenze ihrer Belastbarkeit arbeiten, versucht man nun wieder, das sächsische Waldgesetz zu ändern. So sollen zum Beispiel die körperschaftlichen Wälder, die vom Staatsbetrieb Sachsenforst als Gegenwert für die Gemeinwohleistungen für die Bevölkerung kostengünstiger betreut wurden, diese Betreuung zukünftig nur zu Vollkosten empfangen können.

Gleichermaßen hat die große Koalition in Sachsen vor, im Rahmen des Kommunalrechtsänderungsgesetzes den einzelnen Personalvertretungen der 12 Forstbezirke das Licht auszublenden und nur noch eine Personalvertretung über ganz Sachsen für den Staatsforst zuzulassen.

Muss es zu den verheerenden Naturbedingungen nun noch solche für die Bediensteten geben? Das kann nicht im Sinne der Mitarbeiter sein. Das gibt ganz miese Bewertungen für die Wahlprüfsteine der sächsischen Regierung. Die nächste Wahl steht ja schließlich vor der Tür. ■

> Sturmschäden und Brutpotenzial für Borkenkäfer

Gespräch mit Finanzminister André Schröder

Zeit- und volumengleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten

Finanzminister André Schröder wird dem Kabinetts vorschlagen, das lineare Gesamtvolumen des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen zu übertragen.

Diese Zusage machte Finanzminister Schröder am 11. April 2019 in einem Gespräch mit den Spitzengewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Das heißt, dass die Besoldung und Versorgung zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um jeweils 3,2 Prozent und zum 1. Januar 2021 um 1,4 Prozent angehoben wird. Auch die Anwärtergrundbeträge werden um 100 Euro erhöht, jeweils um 50 Euro zum 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020.

„Die für den Tarifbereich in einzelnen Stufen vereinbarten abweichenden Regelungen können aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht auf den Besoldungsbereich übertragen werden. Eine Übertragung würde den relativen Abstand zwi-

schen den Besoldungsgruppen verändern und damit das Abstandsgebot verletzen“, erläuterte Schröder.

„Mit der Übertragung des Tarifergebnisses vom 2. März 2019 auf den Beamtenbereich setzt die Landesregierung den Koalitionsvertrag dazu um und beteiligt auch die Beamten und Versorgungsempfänger an der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Die zeit- und volumengleiche Übertragung ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung einer amtsangemessenen Alimentation“, sagte dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck.

Zur zeitlichen Umsetzung des Gesetzgebungsverfahrens forderte der dbb, auch das Instrument der Vorgriffszahlung in



> Ulrich Stock (Erster stellvertretender Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt), Finanzminister André Schröder, Iris Herfurth (stellvertretende Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt) und Wolfgang Ladebeck (Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt) (von links)

Anwendung zu bringen. Minister Schröder sagte hierzu, dass nach erkennbarer Willensbildung im Parlament eine Vorgriffszahlung möglich sei. Die Forderung des dbb, eine deutliche Erhöhung der Sonderzahlung und deren Dynamisierung, lehnte Finanzminister Schröder hingegen ab.

Neben der Besoldungsanpassung informierte der Minister über einen Entwurf einer Anwärtersonderzuschlagsverordnung, erste Planungen zur Neufassung der Laufbahnver-

ordnung und einer baldigen Anpassung der Mehrarbeitsvergütung.

Im Hinblick auf die Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verwaltung boten die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Landesregierung Gesprächsbereitschaft an.

Für den dbb sachsen-anhalt nahmen der Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck sowie die dbb Vizes Iris Herfurth und Ulrich Stock an dem Gespräch teil.



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Hauptvorstandssitzung des dbb sachsen-anhalt.

dbb sachsen-anhalt

Hauptvorstand tagte in Wörlitz

In diesem Jahr trafen sich die Mitglieder des Hauptvorstandes zu einer zweitägigen Sitzung vom 28. bis 29. März 2019 in Wörlitz.

Am ersten Tag konnte dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck neben dem dbb Ehrenvorsit-

zenden Werner-Eckhard Böhm auch den Vertriebsdirektor der Bausparkasse Wüstenrot, Uwe



> Mitglieder der Landesleitung des dbb sachsen-anhalt.

Meyer, sowie die beiden Landesgeschäftsstellenleiter der Debeka in Magdeburg, Jörg Kleiber und Stefan Reichelt, begrüßen.

Neben den aktuellen Lageberichten des dbb Landesvorsitzenden und der Querschnittsorganisationen Frauen, Jugend und Senioren sowie dem Haushalt stand das sogenannte „Hamburger Modell“ auf der Tagesordnung der Sitzung.

Kleiber und Reichelt informierten die Sitzungsteilnehmer über das „Hamburger Modell“, einer pauschalen Beihilfegewährung für freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte Beamtinnen und Beamte. Reichelt wies darauf hin, dass mit dem „Hamburger Modell“ Beamte nur einmal die Wahl

zwischen Beihilfe und gesetzlicher Versicherung haben. „Wer sich für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) entscheidet, gibt seinen Beihilfeanspruch unwiderruflich auf“, betonte Reichelt. Ein Wechsel zur „klassischen Beamtenabsicherung“ nach der Anwärterzeit sei ausgeschlossen. Bei einem Dienstherrnwechsel in ein anderes Bundesland müsse der komplette GKV-Beitrag allein gezahlt werden, weil es dort keinen Arbeitgeberzuschuss gäbe. Im Ruhestand müssten GKV-versicherte Beamte darüber hinaus für Kranken- und Pflegeversicherung Beiträge auf alle Einnahmen zahlen, inklusive Lebensversicherung, Mieteinnahmen und Kapitalerträge, bis zu einem Höchstbeitrag von aktuell rund 750 Euro im Monat.

Vertriebsdirektor Meyer stellte den Teilnehmern Produkte der Bausparkasse Wüstenrot vor.

Maik Wagner informierte in seiner Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb über die aktuelle Lage im Bund. Sachsen-Anhalt ist im Bundesvorstand des dbb mit vier Mitgliedern vertreten: Maik Wagner, stellvertretender Bundesvorsitzender, Ulrich Stock, Bundesvorsitzender der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG), Wolfgang Ladebeck, dbb Landesvorsitzender, und Mario Blödtner, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR). Dadurch werde die Position der ostdeutschen Länder erheblich gestärkt.

Weiterer Tagesordnungspunkt war die diesjährige Einkommens-

mensrunde der Länder. Torsten Grabow, Vorsitzender der Tarifkommission dbb Sachsen-Anhalt und Mitglied der Landesleitung, berichtete über Ergebnisse und Verlauf der Tarifverhandlungen. Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hatte erst in der dritten Verhandlungsrunde ein eigenes Angebot vorgelegt. Das Gesamtpaket der Einigung bezeichnete Grabow als „Kompromiss“. Die lange Vertragslaufzeit sei ein schmerzhaftes Zugeständnis. Beim Themenkomplex Eingruppierung habe die Arbeitgeberseite eine Neuregelung des „Arbeitsvorgangs“ (§ 12 TV-L) zur Bedingung gemacht. Das konnten die Gewerkschaften erfolgreich abwehren. Eine Neubewertung des „Arbeitsvorgangs“ hätte flächendeckend zu einer zum Teil deutlich schlechteren Eingruppierung für die Beschäftigten geführt. Dennoch haben sich die Verhandlungsparteien darauf verständigt, zur Sicherstellung einer differenzierten Eingruppierung, Gespräche im Anschluss an der Einkommensrunde zu führen. ■

dbb sachsen-anhalt

Aufruf zur Kommunal- und Europawahl

Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen-Anhalt allgemeine Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben an diesem Tag die Möglichkeit mitzubestimmen, wer Volksvertreter der örtlichen Gemeinschaft und wer Mitglied im Europäischen Parlament wird.

Der dbb sachsen-anhalt ruft seine Mitglieder und darüber hinaus alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt auf, an diesen Wahlen teilzunehmen. Wolfgang Ladebeck, dbb Landesvorsitzender: „Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort. Hier wird über Kindertagesstätten, Schulen, ärztliche Versorgung, Bebauungspläne, Freizeitangebote und vieles mehr entschieden. Die hier getroffenen Entscheidungen

betreffen Sie, die Bürgerinnen und Bürger in der Kommune, direkt.“



© MEV

Zur zeitgleich stattfindenden Europawahl sagte Ladebeck: „Ich bin grundsätzlich immer Optimist. Deshalb gehe ich entgegen aller Unkenrufe davon aus, dass es der Allianz aus Populisten und Nationalisten nicht gelingen wird, Mehrheiten im Europäischen Parlament zu erringen.“

Eine hohe Wahlbeteiligung kann die politischen Kräfte stärken, die sich für ein soziales

und demokratisches Europa einsetzen.“

Die Europäische Union sei weltweit die Region mit den höchsten sozialen Standards für die überwiegende Zahl der Bürger.

Die EU sei gut, weil sie den Euro hat und Freizügigkeit gewährt. Die EU habe den Bürgern Frieden und Wohlstand gebracht.

„Man muss Europa nicht lieben, nicht einmal mögen, aber für mich gibt es keine bessere Alternative“, so der dbb Landeschef. ■

Deutsche Bahn sucht Mitarbeiter

Personalkrise bei der Bahn

Die Deutsche Bahn (DB), aber auch alle anderen Eisenbahnunternehmen, haben ein großes Problem: Sie finden keine geeigneten Mitarbeiter. In Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen fehlen vor allem Lokführer und Zugbegleiter.

Aber auch in anderen Bereichen gibt es zu wenige Mitarbeiter, zumal in den nächsten Jahren auch noch viele Beschäftigte in den Ruhestand gehen. „Unsere Bahnen fahren personell am Abgrund“, sagt Reinhold Vieback, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) – Bezirk Mitteldeutschland. Sparorgien hätten die Personaldecke enorm ausgedünnt.

Durch das fehlende Zugpersonal fielen deshalb immer wieder Züge aus. Jüngstes Beispiel war im Januar 2019 das Eisenbahnverkehrsunternehmen Abellio.

Ein Grund für den Personalmangel ist in einer fehlenden nachhaltigen Ausbildung von Lehrlingen zum Eisenbahner zu sehen. Hatte die DB AG vor vielen Jahren noch Tausende Lehrlinge auch als Lokführer ausgebildet und einen Berufsweg vom Rangierlokführer bis zum Streckenlokführer vorgezeichnet, wurde diese Ausbildung, besonders mit dem Verlust der Verkehrsleistungen an andere Eisenbahnverkehrsunternehmen, erheblich ausgedünnt.

Die Ausbildung von neuen Eisenbahnern ist kostenintensiv. Daher haben die meisten Eisenbahnunternehmen es vermieden, auszubilden. Das rächt sich jetzt. Die neuen Verkehrsunternehmen hatten die Hoff-

nung, bei neuer Streckenübernahme das Personal des abgebenden Verkehrsunternehmens mit zu übernehmen. Oft komme dieses Personal aber nicht bei den neuen Arbeitgebern an, weil es auf anderen Strecken – beim alten Arbeitgeber – weiterarbeitet.

„Der Personalmangel wird bei fast allen Bahnen mit Überstunden der Beschäftigten ausgeglichen. Wer Tausende Stellen nicht besetzt, dringend benötigte Züge nicht bestellt und die Wartung des Netzes vernachlässigt, ist selbst für die Misere verantwortlich“, betont Vieback.

Doch wie will man die benötigten Fachkräfte bekommen?

Der Arbeitsmarkt für Lokführer ist faktisch leergefegt. Bahnunterunternehmen in Österreich, der Schweiz oder Skandinavien bieten nicht nur bessere Bezahlung, sondern auch wesentlich bessere Arbeitsbedingungen. Bei dringend benötigten Ingenieuren, IT-Spezialisten und qualifizierten Handwerkern sieht es nicht anders aus.

Die Personalnot auf Lokomotiven, in Bordrestaurants und auf den Stellwerken ist so groß, dass jetzt jeder eingestellt wird. Bereits im Sommer 2018 hat die DB die Hürden des Einstiegs bei der Bahn gesenkt. Vereinfachte Bewerbungsverfahren und neue Zielgruppen sollen das Personalproblem richten: Studienabbrecher, Zeitsoldaten, die aus der Bundeswehr ausscheiden, und Menschen, die älter als 50 Jahre sind.

„Gerade Bewerbungsschreiben, in denen Bewerber ihre Motivation darlegen, machen deutlich, warum sie für das Unternehmen arbeiten wollen“, kritisiert Vieback.

Ein paar Gedanken über den zukünftigen Arbeitgeber sollte man sich schon machen. Dass die Bahn darauf verzichte, sei ein falsches Signal nach innen und nach außen. Durch die neuen Wege der Personalgewinnung werte sich die Bahn als Arbeitgeber ab.

Auf den mitteldeutschen Bahnhöfen gehe die Bahn mittlerweile auf Werbetour. Allein hier will die Bahn 1 890 neue Mitarbeiter einstellen. Davon 160 Lokführer, 170 Fahrdienstleiter und 170 Servicekräfte. Einblicke in die neuen Tätigkeiten werden auch mit Videobrillen vermittelt.

Vieback betont: „Eine qualitativ hohe Ausbildung muss Grundsatz jedes Eisenbahnverkehrsunternehmens sein. Nur so können die Bahnen als sicherstes Verkehrsmittel weiter bestehen.“

© MEV

Berufungen

Ehrenamtliche Richter

Folgende Mitglieder der dbb Familie wurden zum 1. Mai 2019 zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern berufen:

Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt: André Fleischer (Gewerkschaft der Sozialversicherung – GdS).

Arbeitsgericht Dessau-Roßlau: Ursel Genz, Gitta Pruß (beide GdS) und Siegfried Nehring (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft – DVG).

Arbeitsgericht Halle: Bianca Ramona Gohlisch, André Paduch, Heike Pokorny (alle GdS), Andreas Braun (Verband der Straßenwärter – VDStr.), Sieglinde Hinz (DVG), Angelika Schaefer (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer – GDL).

Arbeitsgericht Magdeburg: Barbara Buschmann, Heike

Hesse, Martin Schnepfmüller und Birgit Stasch (alle DVG), Peggy Hoffmann (GdS), Jana Lieder (Verband Bildung und Erziehung – VBE) sowie Frank Schramm (GDL).

Arbeitsgericht Stendal: Manuela Ahl, Mario Rehm (beide GDL) und Volker Seidel (GdS).

Delegiertenversammlung Landesfrauenrat

dbb Antrag: „Mehr Frauen in Führungspositionen“

Auf der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt am 23. März 2019 wurde der Antrag der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt „Mehr Frauen in Führungspositionen“ einstimmig verabschiedet. Nach langer Zeit waren die dbb frauen damit wieder mit einem eigenen Antrag präsent.

Mit dem dbb Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, ihre Anstrengungen, 50 Prozent der Führungspositionen mit Frauen zu besetzen, deutlich zu intensivieren. Hier-

zu gehört die Schaffung von Rahmen- und Arbeitsbedingungen, die die Vereinbarkeit von Karriere und Familie gewährleisten ebenso wie ein diskriminierungsfreies Beur-

teilungssystem. Auch Führungspositionen müssen Telearbeit- und Telearbeit-geeignet sein. „In den kommenden Jahren wird die Generation der Baby-Boomer in den

Vorruhestand und Ruhestand eintreten. Der öffentliche Dienst muss damit in bisher nicht gekannter Größenordnung Leitungspositionen nachbesetzen, um leistungsfähig und als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Gleichzeitig gab es nie so viele gut ausgebildete Frauen in der Verwaltung.

Es bietet sich damit die Chance, bei diesem Generationenwechsel Führungspositionen paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen“, sagte die Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt, Michaela Neersen, und konnte damit die Delegierten überzeugen, dem Antrag zuzustimmen.

GdS Sachsen-Anhalt

Mitgliederkonferenz in Halberstadt

Mehr als 150 Mitglieder der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Sachsen-Anhalt sind am 15. und 16. März 2019 in Halberstadt zur alljährlichen Mitgliederkonferenz zusammengekommen.

Neben dem Vorstandsmitglied der AOK Sachsen-Anhalt, Ralf Dralle, und dem Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland, Jork Beßler, konnte der GdS-Landes- und Bundesvorsitzende Maik Wagner auch Petra Grimm-Benne, Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt, begrüßen.

Ein Schwerpunktthema der Konferenz war die Stellung der Sozialversicherungsträger im Land. Tatsache ist, dass in Sachsen-Anhalt durch die Fusion der Landesversicherungsanstalten Sachsen-Anhalt,

Thüringen und Sachsen eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen, vor allem höherwertigen Stellen, in andere Bundesländer verlagert wurden. „Dies muss in Zukunft bei allen Sozialversicherungsträgern verhindert werden“, sagte Wagner. Er sehe hier das Sozialministerium in der Verantwortung, das als Aufsichtsbehörde für die landesunmittelbaren Körperschaften zuständig ist.

In Anbetracht der Digitalisierung in der Sozialversicherung gehe es aber zukünftig nicht nur um Beschäftigungssiche-

rung, sondern auch die Schaffung neuer attraktiver Arbeitsplätze und eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten. Die GdS begrüße die Möglichkeiten des flexiblen Arbeitens, die der digitale Fortschritt ermöglicht, und fordert angesichts des hohen Anteils von weiblichen Beschäftigten (circa 90 Prozent) in der Sozialversicherung in Sachsen-Anhalt, die Schaffung von Telearbeits- beziehungsweise Home-Office-Arbeitsplätzen. Das schaffe nicht nur Vertrauen und die Möglichkeit, Job und Familie besser zu vereinbaren, sondern könne ebenso als Reaktion auf die Erfordernisse der neuen Arbeitswelt gelten. Wagner warnte aber davor, dass Home-

Office nicht zur Isolation der einzelnen Beschäftigten führen dürfe.

Ministerin Grimm-Benne würdigte die gute Zusammenarbeit mit der GdS in den letzten Jahren und sagte zu, auch in Zukunft die Belange der Beschäftigten im Blick zu haben. Am zweiten Tag der Mitgliederkonferenz referierte Peter Krauss-Hoffmann vom Landesinstitut für Arbeitsgestaltung Nordrhein-Westfalen zum Thema „Psychische Gesundheit im Wandel der Arbeit erhalten – Ansätze moderner Arbeitsgestaltung zur Büroarbeit der Zukunft“. Hier standen die Wirkung und Gestaltung der psychischen Arbeitsbelastungsfaktoren im Fokus. Grundsätzlich sollten die mit dem Wandel der Arbeit auftretenden Belastungsveränderungen beziehungsweise die daraus resultierenden neuen Arbeitsbedingungen auch den Kriterien menschengerechter Arbeit entsprechen. ■



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GdS-Mitgliederkonferenz in Halberstadt mit dem GdS-Landes- und Bundesvorsitzenden Maik Wagner (2. von rechts) und Sozialministerin Petra Grimm-Benne (4. von links).

Europawahl 2019

Was bedeutet Europa für uns?

Am 26. Mai 2019 findet in Deutschland die Europawahl statt. Parallel dazu erfolgen in Thüringen auch Kommunalwahlen. Außerdem wählt der Freistaat am 27. Oktober einen neuen Landtag.

Wir fragen: Was bedeutet Europa für uns? Betrifft uns Europa? Gibt es bereits europäische Gesetze?

■ BTE Thüringen – Gewerkschaft Mess- und Eichwesen

Die Europäische Union ist wesentlicher Schlüssel für friedliches und respektvolles Miteinander unterschiedlicher Nationalstaaten und Ethnien. Gleichzeitig werden insbesondere wegen der nationalen Besonderheiten hohe Ansprüche an eine gesamtheitlich funktionierende Demokratie des vereinten Europas gestellt. Wie diese EU-Demokratie zur Fortentwicklung der EU als Ganzes und des EU-Binnenmarktes beiträgt, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle im Rahmen sich ständig ändernder Machtverhältnisse in der Weltpolitik.

Die Umsetzung europäischer Regelwerke in nationales Recht betrifft das Mess- und Eichwesen recht konkret. Somit sind auch der Einfluss und das Denken immer sehr nah an Europa gekoppelt. Allerdings erwarten wir von der EU auch, dass nationale Besonderheiten respektiert und Positives für alle EU-Staaten abgehoben werden kann.

Die diesjährige Europawahl steht unter der Herausforderung, dass fortschrittliche Parteien mit sozialökonomisch ausgerichteten und EU-gemeinschaftsorientierten Werten sich mit entsprechenden Wahlprogrammen aufstellen und einen Wahanreiz geben, der positive

Aspekte für eine stabile EU verspricht. Erschwerend wirkt sich die weiterhin unklare Lage in Großbritannien aus.

Es ist nicht immer einfach zu verstehen, warum bestimmte Regelungen überhaupt getroffen werden müssen. Aber eine einheitliche Europäische Union braucht für gleiche Bedingungen im EU-Binnenmarkt auch EU-weite Regelungen für ein einheitliches Handeln. Das merken wir im Eichwesen mit unseren Bundesgesetzen und Ländervollzug im Kleinen.

Jeder, der in Europa lebt, ist von der Frage betroffen: Welche Vorteile bringt die EU? Und was müssen die einzelnen Mitgliedstaaten, auch Beitrittskandidaten, dafür tun. Wenn bestimmte nationale Vorstellungen aktuell nicht vereinbar sind mit der europäischen Idee, muss auch ein Austritt möglich und regelbar sein. Sicher kann man einiges anders regeln, aber der Blick auf das Ganze fehlt, wenn man aus Sicht eines Mitgliedstaates auf Europa schaut.

Jens Hahnwald

■ dbb jugend thüringen

Europa ist für die junge Generation mehr als eine Wirtschafts- und Zollunion.

Bei Europa denkt man in erster Linie an Menschen, die sich frei über Grenzen bewegen können. Der Zoll interessiert sich in erster Linie für den Warenverkehr. Zölle werden nicht mehr erhoben, Grenzkontrol-

len finden nicht mehr statt, Staus und andere Beeinträchtigungen gehören der Vergangenheit an – egal ob im Flugzeug, im Auto oder der Bahn. Die Erhebung der Verbrauchsteuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer und andere) erfolgt durch buchmäßige Abwicklung und Überwachung.

Dies wird alles als selbstverständlich angesehen. Dass dies ein großes Privileg ist, sieht man erst, wenn der vorherige Zustand wiederhergestellt werden muss, wie beim Austritt Großbritanniens aus der EU.

Die europäische Einigung ist zentrales Zukunftsanliegen der Jugend. Frieden und Wohlstand waren in Europa viele Jahrhunderte lang nicht selbstverständlich und ständigen Schwankungen unterworfen. Die Europäische Union ist zum Garant der längsten Friedensperiode in der europäischen Geschichte geworden. Sie sorgt dafür, dass unsere Generation keinen Krieg und keinen Hunger mehr kennenlernen muss.

Auch die Trennung hat sie überwinden geholfen. Unsere Generation kennt keine Mauer und keinen Stacheldraht mehr. Die Europäische Union ist nicht allein Garant für bequemes Reisen ohne Binnengrenzen, sondern auch der Völkerverständigung.

Die Antwort auf die Krisen in der EU und neue nationale Tendenzen darf nicht weniger Europa, sondern muss MEHR EUROPA lauten. Aber: Man muss Europa richtig machen. Weniger „Gurkenregulierung“, mehr soziale Standards und politische Gemeinsamkeit. Die Möglichkeiten, die ein geeintes Europa hat, sind schier gren-

zenlos. Es gilt, im Interesse der Zukunft unserer Generation, diese Chancen zu nutzen.

*Christian Bürger
und Peter Krieger*

■ Verband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in Thüringen e.V. (VHDT)

Europa ist für uns ein notwendiges politisches und wirtschaftliches Gegengewicht zu anderen großen Wirtschaftsräumen, weil die Gemeinschaft mehr leisten kann als der einzelne Nationalstaat. Zugleich ist Europa unvollkommen, wie sich insbesondere in der Außenpolitik zeigt.

Erkennt man Europa als eine Organisation von überragender Bedeutung für West- und Mitteleuropa an, ist es nur konsequent, wenn diese Gemeinschaft unser tägliches Leben mitbestimmt. Umgekehrt muss aber auch der Einfluss des Einzelnen auf Europa Gewicht haben und an solchem gewinnen. Das klassische Instrument hierfür sind die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament (EP). Das EP ist wichtiger geworden, seit es sich im Laufe der Zeit Bedeutung gegen die oftmals nationalen Interessen des Europäischen Rates erkämpft hat und hoffentlich weiter an politischem Gewicht innerhalb der EU gewinnen wird.

Man mag über die europäische Regelungsichte gelegentlich schmunzeln und schimpfen. Nichtsdestoweniger sind europäische Regelungen erforderlich. Eine Gemeinschaft benötigt zum Funktionieren Regeln. Dies sind auf staatlicher Ebene Gesetze, im europäischen Kontext Richtlinien und Verordnungen.

Ob das Prinzip der Subsidiarität stärker beachtet werden sollte, ist eine andere Frage. Aber wir benötigen einen Katalog europaweit einheitlicher Regelungen. Deren Umfang und das Rechtsetzungsverfahren müssen immer wieder auf Sinn, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit überprüft werden.

Dass uns Europa und die Europawahl betreffen, steht außer Zweifel. Europäische Regelungen betreffen uns täglich, aber auch europäische Wohltaten, wie die Regionalförderung (EFRE, ESF und ELER).

Vieles von dem, an das wir uns gewöhnt haben, gäbe es ohne Europa nicht. Zu nennen sind hier immer wieder der Frieden, aber auch die Reisefreiheit. Ohne europäische Regelungen

wäre es keinen fairen Wettbewerb in Europa. Dies betrifft sowohl die Unternehmen und die Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze durch den geordneten Wettbewerb gesichert sind, als auch alle Bürger, für die sich das europäisierte Verbraucherschutzrecht vor Augen.

Um den aufkommenden nationalistischen Strömungen in Europa dauerhaft entgegenzutreten, müssten die Europäische Union, wie auch jeder Mitgliedstaat, offensiver die Grundsätze, Mechanismen und Errungenschaften in der eigenen Bevölkerung vertreten und bekannt machen.

Das Verständnis für die EU ist in dieser Hinsicht, gerade auch in den Zeiten von Griechen-

land- und Flüchtlingskrise sowie dem Brexit, kein Selbstläufer. Europa ist nicht perfekt und wird es wohl auch nie werden. Aber es ist als grenzüberschreitendes quasi staatliches Konstrukt besser, als alles andere, was es bislang auf diesem Kontinent gab. Hieran zu arbeiten ist uns Aufgabe und Verpflichtung!

Volker Kurz

■ Europa betrifft uns alle

Dass europaweite Gesetze nötig und bereits entstehen, zeigen unter anderem das EU-Urheberrecht, die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), das Problem des weltweiten Klimaschutzes

sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Das Europaparlament billigte neue Maßnahmen und will die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt verbessern und die Rolle des Vaters oder eines gleichwertigen zweiten Elternteils stärken. Dafür haben die Abgeordneten am 4. April 2019 neue Vorschriften in einer Richtlinie für Vaterschaftsurlaub und nicht übertragbaren Elternurlaub in einer endgültigen Abstimmung angenommen. Das Gesetz, das bereits informell mit den EU-Ministern vereinbart wurde, legt Mindestanforderungen für alle Mitgliedstaaten fest.

Die Zukunftsfrage Europas betrifft uns alle! ■

12. dbb Forum Personalvertretungsrecht

Digitalisierung – Verwaltung 4.0 – Ändert sich jetzt alles im öffentlichen Dienst?

Thüringer Personalvertreter nahmen am 8. und 9. April 2019 am „12. dbb Forum Personalvertretungsrecht – Auf dem Weg in die Digitalisierung. Auf Ihrer Seite“ in Berlin teil.

An zwei spannenden Tagen haben sie sich damit beschäftigt, wie die Personalräte in Zukunft die Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen.

Nachgegangen wurde dabei auch den Fragen: Wie werden wir unsere Beschäftigten in diesem Prozess mitnehmen? Wie binden wir dabei die Jugend ein?

Auch der dbb Chef Ulrich Silberbach machte klar: „Die Veränderungen, vor denen wir im öffentlichen Dienst stehen, sind gewaltig.“

Bei den Fachforen wurden Themen wie Sitzungs- und Gremienpflicht, Arbeitsteilung und Agilität, Arbeitszeit, Mobilität und Entgrenzung intensiv diskutiert. Ein Fazit war, dass Digitalisierung, die im Ergebnis zufriedene und motivierte Mitarbeiter schafft, nicht umsonst zu haben ist.

Die Arbeitszufriedenheit steigt, und mit dem Pfand einer modernen Verwaltung,

die mobiles Arbeiten erlaubt, lässt sich im Werben um gute Köpfe bei den jungen Generationen punkten.

Die Entscheidungsbefugnis zum mobilen Arbeiten wurde bis auf das jeweilige Arbeitsteam heruntergebrochen. Erreichbarkeit wurde ersetzt durch Anwesenheit!

Digitalisierung ist gestaltbar. Wir müssen dafür selbstbewusste Personalvertretungen haben. Die Personalräte werden mit dem Wissen um ihre Rechte den Dienstherren Grenzen setzen und klare Haltelinien aufzeigen. Es liegt an uns, diesen Prozess mitzugestalten. Denn wir, die Personalräte, sind die Kümmerer, wir kümmern uns um Sie!

*Frank Schönborn,
Personalvertreter*



► Bernd Fricke (Landesvorsitzender DTSG), Frank Schönborn (Landesvorsitzender BTB), Christian Bürger (Landesjugendleiter dbb jugend thüringen) und Christian Viereck (Stadtverwaltung Erfurt) (von links)

Seminar der tbb Frauenvertreterinnen

Babyboomer bis Generation Z – Generationenkonflikte im Arbeitsalltag

„Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern (...) und tyrannisieren ihre Lehrer.“



der Generation X und Y dabei. Und ob nun im Beruf oder Alltag: Wir sind alle auch mit den anderen Generationen konfrontiert. Dabei prallen oft gefühlt Welten aufeinander. Wie es aber immer so schön heißt: Wir sind die Kinder unserer Zeit! Natürlich spielt es eine Rolle, in welchem Land wir aufwachsen beziehungsweise wie unser familiäres Umfeld ist. Allerdings haben das Zeitgeschehen und die Gesellschaft, in der wir aufwachsen und leben, eine wesentliche prägende Rolle.

▶ Welten prallen aufeinander

Traditionell erzogene Babyboomer (Geburtsjahrgänge bis etwa 1965) mit klaren Hierarchien treffen auf Menschen, die antiautoritärer erzogen wurden. War in den 50er-Jahren noch der sichere Job wichtiger als die individuelle Zufriedenheit, tritt seit dem immer mehr die persönliche Lebensqualität in den Vordergrund. Gesellschaftliche Entwicklungen verändern die Familienstrukturen. Bildung steht einer breiteren Gruppe zur Verfügung. Es muss dazu noch berücksichtigt werden, dass die Generationen, die in der DDR aufgewachsen sind, zum Teil auch andere Prägungen erhalten haben, als Menschen, die in der BRD aufgewachsen sind.

In den 80er-Jahren erhält die Digitalisierung immer stärker Einzug in das Leben. Alles wird

schneller, Informationen sind unmittelbar verfügbar, Veränderungen politischer, gesellschaftlicher, aber auch wissenschaftlicher Natur vollziehen sich enorm schnell. Es wird erwartet „Up to Date“ zu sein.

Die Generation Y (in der Regel geboren nach 1980) nimmt dies auf und gehört auch zur ersten Generation der „Digitale Natives“, also derjenigen, für die Computer, Internet und Echtzeitkommunikation über Kontinente hinweg aufgewachsen sind. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeit und Leben. Arbeiten von überall. Es wird nicht mehr langfristig geplant, sondern von Job zu Job, von Projekt zu Projekt gedacht und gelebt. Flache Hierarchien und Teamwork sind wichtig. Diese Generation hinterfragt sich und die Gesellschaft – daher auch „Generational Why“ (englisch „Warum“).

Interessanterweise tendiert die nachfolgende Generation Z (in der Regel geboren nach 1995) zu einer strikteren Trennung zwischen Privat- und Berufsleben. Ein sicherer Job wird wieder wichtig, der Alltag ist strukturierter. Gearbeitet wird bei der Arbeit und zu Hause die Freizeit genossen. Und genau diese unterschiedlichen Ansätze, Einstellungen und Werte treffen heute in unserer Arbeitswelt aufeinander; ob nun ältere mit jüngeren Kollegen, in Behörden mit Bürgern jeglichen Alters, in der Schule die Lehrer mit Schülern und Eltern.

Wichtig ist es, zu akzeptieren, dass wir unterschiedlich geprägt sind und andere Prioritäten haben. Das Verhalten hat zumeist nichts mit Unhöflichkeit, Ignoranz, Borniertheit

oder Oberflächlichkeit zu tun. Wir „ticken“ einfach anders. Gegenseitiges Verständnis und vor allem offene Kommunikation sind hier „das A und O“. Wenn erklärt wird, WARUM etwas so gemacht oder erwartet wird, kann beispielsweise eine Generation Y eher damit umgehen. Vielleicht zeigt sie aber auch einen neuen besseren Weg und bricht eingefahrene Strukturen auf.

▶ Patentlösungen gibt es nicht

Zu guter Letzt darf nicht vergessen werden, welchen Herausforderungen die Arbeitgeber gegenüberstehen im Kampf um das zukünftige Personal – auch der öffentliche Dienst. Die Attraktivität eines Arbeitsplatzes zeichnet sich heute nicht mehr nur durch Sicherheit und Gehaltshöhe aus. Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung, Gesundheit und Zufriedenheit spielen eine immer stärkere Rolle. Darüber müssen die Dienstherren Konzepte entwickeln, in denen sich die „jungen Wilden“ aber auch die „alten Hasen“ wiederfinden.

Das Thema ist und bleibt spannend. Eine Patentlösung beziehungsweise generelle Verhaltensanweisung wurde nicht gefunden und gibt es nicht! Trotzdem konnten die Teilnehmerinnen viele neue Erkenntnisse gewinnen. Jede und jeder sollte einen Blick über den eigenen Tellerrand wagen und offen sein, eine andere Perspektive kennenzulernen. Dann sind sicher viele Konflikte vermeidbar und es ergeben sich Chancen in der Zusammenarbeit.

Doreen Trautmann,
Vorstand tbb frauenvertretung

Man könnte denken, dies wäre ein Zitat, das gerade erst gestern getätigt wurde. Aber nein, es stammt vom Philosophen Sokrates (470 bis 399 v. Chr.). Dies macht deutlich: Konflikte zwischen den Generationen gab es schon immer und wird es wohl auch immer geben.

Was macht aber die Generationen aus? Worin könnten die Gründe für die Konflikte liegen? Wo bestehen vielleicht auch Chancen und Möglichkeiten im Zusammentreffen der Generationen? Diesen Fragen stellten sich die Teilnehmerinnen beim Seminar der tbb Frauen vom 29. bis 30. März 2019 in Erfurt.

Als Dozentin konnte Cassandra Knebel gewonnen werden, die sich seit Längerem mit dieser Thematik beschäftigt. Unterhaltsam und mit Alltagsbeispielen brachte sie den Teilnehmerinnen die Generationen mit ihren Stärken und Schwächen näher. Gleich zu Anfang wurde festgestellt: Auch die Teilnehmerinnen stammen nach der gängigen Einteilung aus verschiedenen Generationstypen. Neben Babyboomern waren auch Vertreter

BDR – Bund Deutscher Rechtspfleger

Thüringer Rechtspflegertag 2019

Der Landesverband Thüringen des Bundes Deutscher Rechtspfleger führte am 4. April 2019 in Erfurt seine Mitgliederversammlung durch und lud zu seinem anschließenden Rechtspflegertag Vertreter des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV), der Oberbehörden der Justiz und „Noch-nicht-Mitglieder“ ein.

Zwei Fortbildungsbeiträge zu den Themen „Extreme Rechte in Thüringen – Strukturen und souveräner Umgang für Justiz und Verwaltung“ (inklusive Probleme mit Reichsbürgern) und „Rückgrat – Jeder Mensch ist Weltmeister seiner Welt“ bereicherten diese Veranstaltung.

Die Vorsitzende Barbara Zwinkau begrüßte die Anwesenden und ging auf die aktuellen Schwerpunkte für die Justiz, insbesondere die Thüringer Rechtspfleger, ein. Gegenüber dem TMMJV und dem Thüringer Oberlandesgericht (ThOLG) machte sie deutlich, dass die Rechtspfleger im Pakt für den Rechtsstaat nicht nur als „Folgepersonal“ betrachtet werden können. Seien sie doch diejenigen, die innerhalb der Justiz dem Bürger direkt begegnen und die meisten gerichtlichen Entscheidungen treffen. Wenn bundesweit von 2 000 Stellen mehr für Richterinnen und Richter gesprochen wird, so müsse das gleichermaßen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger gelten. In den vergangenen Jahren sei viel zu häufig an der Justiz gespart worden. Denn der Rechtsstaat lebe von richtigen und zügigen Entscheidungen. Es würden Verlässlichkeit und Rechtssicherheit erwartet, so Zwinkau.

Die Justiz müsse sich deshalb selbst noch besser auf die erforderliche Nachwuchsgewinnung und einen achtsameren Umgang mit den vorhandenen Kolleginnen und Kollegen einstellen. Ein sicherer Arbeits-

platz sei gut, aber nicht nur die jungen Nachwuchskräfte wünschten und bräuchten mehr Flexibilität für ihr Berufsleben, Qualifikations- und Aufstiegschancen. Derzeit habe in kleineren Behörden jeder Zusatzaufgaben, die nicht „zählen“. Der elektronische Rechtsverkehr und neue Fachverfahren binden viele Kräfte, die in der Rechtsvorsorge und Rechtsfürsorge fehlen. Gleichzeitig bremsen das Nichtaus schöpfen der Beförderungsstellen und eine besondere Trägheit bei der Einführung flexiblerer Arbeitszeiten und alternativer Methoden (beispielsweise Telearbeit) die Motivation.

▣ Staatssekretär sagt Unterstützung zu

Staatsekretär Sebastian von Ammon aus dem TMMJV schloss sich den BDR-Forderungen in seinem Grußwort bei diesen Themen an und sagte Unterstützung zu. Die Rechtspfleger als solche fänden in der politischen Diskussion noch nicht den richtigen Platz. Es müsse nicht nur heißen „Rechtspfleger, die zweite Säule der dritten Gewalt“ sondern vielmehr „Rechtspfleger, die Säule der dritten Gewalt“.

Das Ministerium, so von Ammon weiter, befinde sich der-

zeit mit dem Finanzministerium und dem Landtag in schwierigen Verhandlungen, wenn es um mehr Personal geht. Man sehe aber die Notwendigkeit, bei den Arbeitsbedingungen für Rechtspfleger nachzubessern, weil zusätzliche Projekte den Arbeitsalltag verdichten. Die Vermögensabschöpfung, die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und die baldige Einführung des Datenbankgrundbuches erfordern ebenfalls mehr Rechtspfleger. „Gemeinsam sollten wir uns rechtzeitig gegenüber dem Landtag stark machen“, sagte von Ammon.

▣ ThOLG nun mit Personalentwicklungskonzept

Michael Florschütz, Leiter der gemeinsamen Personalabteilung des Thüringer Oberlandesgerichts und der Thüringer Generalstaatsanwaltschaft, betonte in seinem Grußwort die Anstrengungen seitens des ThOLG für den elektronischen Rechtsverkehr, den Aufbau eines umfassenden Gesundheitsmanagements Justiz – mit Sozialberatung und vielfältigen Angeboten – und gab bekannt, dass gerade ein Personalentwicklungskonzept beim ThOLG erarbeitet worden ist. Die vor zwei Jahren versprochene Telearbeit werde es für die meis-

ten Beschäftigten aber auch in den nächsten zwei Jahren nicht geben. Die Dienstvereinbarung wurde zwar noch einmal in die Hand genommen, aber die technischen Voraussetzungen seien derzeit nicht ausreichend gesichert.

▣ Fortbildungsbeiträge

Zum Thema „Extreme Rechte in Thüringen – Strukturen und souveräner Umgang für Justiz und Verwaltung“ referierte Felix Steiner von MOBIT e.V. Thüringen sehr anschaulich. Er stellte Strukturen und Zusammenhänge dar, die sonst für den Einzelnen kaum sichtbar sind. Ein Schwerpunkt war der Umgang mit Reichsbürgern. Die vielschichtigen Methoden, mit denen diese Personengruppe gegenüber der Justiz und Verwaltung handeln und deren Möglichkeiten darauf zu reagieren, kamen zur Sprache. Thomas Ross – Trainer und Redner – referierte im Anschluss darüber, wie die Kolleginnen und Kollegen ihren Alltag im Einklang mit sich und ihren eigenen Ansprüchen, Erwartungen und Herausforderungen bewältigen können. Dabei ging es darum, eigene Stärken zu ergründen, zu entwickeln und im Alltag zu behaupten – aber auch Gelassenheit und Zufriedenheit im beruflichen sowie privaten Umfeld zu üben und zu finden. Trotz zahlreichen Anforderungen, Stress und Hektik sollten die Beschäftigten sich dafür am Ende eines Tages die Erfolge, die man selbst erfahren oder vermittelt hat, vergegenwärtigen. ■



▣ Barbara Zwinkau, Vorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger Landesverband Thüringen, bei der Begrüßung.

